

Correspondent.

Ersteinst: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr. Geschäftsstelle: Selgrabe Nr. 5.

Wöchentliche Beilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 30 Pfg. durch den Herausgeber. — 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Nr. 27.

Dienstag den 7. Februar.

1893.

Der Militäretat in der Budgetcommission.

In der Sonnabends-Sitzung der Budgetcommission des Reichstages stellte der Abg. Hinge vor dem Eintritte in die Tagesordnung die Anfrage, aus welchen Gründen der Bundesrath den in der vorigen Session gestellten Antrag auf Aufstellung einer Militärstatistik abgelehnt habe. (Zuvs vorher hatte Generalmajor v. Gossler eine Antwort auf diese Frage vorgelesen.) Generalleutnant v. Spitz erklärte, die Gründe seien ihm nicht bekannt. Für Preußen solle eine Militärstatistik einzuweisen nicht herausgegeben werden. Da ein öffentliches Verfahren im Militärstatistikproje nicht bestehe, so würde ein Mittel gegen tendenziöse Ausbeutung einer solchen Statistik nicht vorhanden sein. Abg. Hinge protestirt energisch, so weit der Reichstag und die Commission in Frage kommen, gegen eine solche Unterstellung. Generalleut. v. Spitz erwidert, er habe nur an die Presse und ausserhalb des Reichstages stehende Elemente gedacht. Abg. Dr. Baumbach giebt zur Erwägung, daß die Verwaltung auf die Dauer dieser Forderung nicht widerstehen könne. Abg. Singer bemerkt, die Möglichkeit einer tendenziösen Ausbeutung der Statistik spreche nicht gegen die Nothwendigkeit derselben. Sei das nicht öffentliche Verfahren ein Hinderniß, weshalb sollte man das öffentliche Verfahren im Militär-Statistikproje nicht ein? Eine stärkere tendenziöse Ausbeutung der Statistik sei übrigens nicht möglich, als dies jetzt seitens der Regierung mit Bezug auf die Militärvorlage geschehe. Abgeordneter Dr. Hammacher ist für die Ansicht, die jetzt in der Presse vielfach auftretende agitatorische Ausbeutung einzelner Fälle des Militär-Statistikmaterials würde wahrscheinlich wesentlich vermindert werden, sobald Deffentlichkeit des Besorgens eingeführt und die geforderte Statistik veröffentlicht würde. Abg. Hinge bringt die vorläufige Resolution wieder ein. Es wird aber nach längerer Debatte beschossen, ein im Vertheil an den Reichstag darauf hinzuwirken, daß der Bundesrath ohne Begründung den Antrag abgelehnt habe und den Wunsch, von den Gründen Kenntnis zu erhalten, auszusprechen. Erfolgt hierauf die Mittheilung der Gründe nicht, so soll der Referent die Resolution wieder einbringen. Abg. Buhl fragt, wie weit die Vorarbeiten für die Noelle zum Militärs-Pensionsgesetz gefördert sind? Ob in derselben auf die Erhöhung der Pensionen für die Theilnehmer am Kriege von 1870 Rücksicht genommen sei. Generalleut. v. Spitz antwortet, die Einbringung der Vorlage, deren Beratung der Bundesrath gestern beendet habe steht bevor. Auf die Theilnehmer am Kriege von 1870 sei in der Vorlage Rücksicht genommen. In Deuamendung der gestrigen Anfrage des Abg. Hingens wegen des Verhältnisses bei Kriegesbeginn erklärt Generalleut. v. Spitz, Änderungen an der Kriegsordnung von 1832 seien nicht erfolgt. Direkte Nachforschungen hätten ergeben, das nur ein Fall in Preußen vorgekommen sei, in welchem der Eheconsens von der Erklärung des Bräutigams abhängig gemacht worden sei, daß derselbe sich nicht nach sa. h. o. i. dem Kinde trauen und daß er sammtliche aus der Ehe zu erwartenden Kinder in ewiglicher Bekennntnis erziehen lassen werde. Ueber diesen Fall sei jetzt ein näherer Bericht eingefordert. Nunmehr trat die Commission in die Tagesordnung ein. Für einen Ansee Militärinspizienten wird das Gehalt von 2900 Mk. bewilligt, nachdem im Anschluß an die gestrige Erörterung wiederholt worden, daß neue Batailloneinstellen nicht eingerichtet werden sollen. Es gebe 55 solcher Musikanten à 8 Mann. Wenn Veränderungen in der Garnisonierung eintreten, detachirte Bataillone zu ihren Regimentern zuzutreten, müssen etwa bestehende Batailloneinstellen aufgehoben werden. Im Weiteren theilt auf eine Frage Hingens Gen. Maj. v. Gossler mit, der höchste Prozentsatz der Manquements bei den Unteroffizieren in den letzten 25 Jahren habe 1877: 7,3 Proz., betragen, 1886: 2 Proz., 1890: 4,8 Proz., 1891: 3,8 Proz., Nov. 1892: 2,6 Proz. oder 2,4 Proz. ohne Feuerwerker. Der

absolute Zuwachs bezifferte sich 1889/90 auf 1206, 1890/91 auf 473, 1891/92 auf 577, im Ganzen 2196 Köpfe. Die 1890/91 und 1891/92 eingetretene Verminderung der Feststellen gewinne an Bedeutung, da die Zahl der für die zur P. obediensleistung Commandirten festliegen sei. Derselbe habe betragen am 15. Nov. 1890: 1239, am 15. Nov. 1891: 1625, am 15. Nov. 1892: 1476. Der Bestand an Capitulanten habe betragen 15 Nov. 1890: 2939, 15 Nov. 1891: 3252, 15 Nov. 1892: 3533. Bei der Heeresverfäkung von 1891 haben bei einem Mi. bedarf von 3088 die Feststellen 1492, 1890 bei einem Mehrbedarf von 1854 die Feststellen 718 betragen. Die Einführung der Dienstprämien habe günstig gewirkt. Die Klasse der über 12 Jahr Dienten sei geringer geworden. Die Zahl derselben sei von 5330 im Jahre 1890 auf 5272 in 1891 und auf 4896 in 1892 zurückgegangen. Am 10. Dienstjahre fanden 1890: 8,7 pCt. der vorhandenen Unteroffiziere, 1891: 7,9 pCt., 1892: 7,7 pCt.; im 11. Dienstjahre 1890: 6,9 pCt., 1891: 7,9 pCt., 1892: 6,7 pCt. Die Manquements an Unteroffizieren betragen im Novbr. 1892 bei der Infanterie: 2,7 pCt. (Kavallerie 3,1 pCt. über den Etat), Feldartillerie 3,5 pCt., Fußartillerie 4,6 pCt., Pioniere 2 pCt., Train 8,9 pCt.; also durchschnittlich 2,6 pCt., ohne Feuerwerker 2,4 pCt. Abg. Baumbach bemerkt, das überraschend große Manquement beim Train finde in etwas seine Erklärung in einer gewissen ungenügenden Schätzung dieser sehr wichtigen Waffe. Dabei theilt der Regierungs Commissar mit, der Kaiser habe in diesen Tagen angeordnet, daß beim Train wieder Avantagoure angenommen werden sollen. Die geforderten 20.400 Mk. werden abgesetzt, da die Einführung der Armesattel bei der Feldartillerie nicht stattfinden s. U. Die Ausgaben für Materialverpflegung werden ohne Debatte bewilligt. Bei den Ausgaben für Bekleidung und Ausrüstung der Truppen bringt Abg. Müller die Beschaffung von Leder und Schuhwerk zur Sprache und regt an, daß die zu den Bekleidungsämtern commandirten Offiziere auch in die höheren Stellen gelangen, so daß diese mit sachmännisch gebildeten Leuten besetzt werden. Gen. Major v. Fund hat das auch für richtig; bemerkt aber, die Bekleidungsämter seien wesentlich zu Kriegszwecken eingerichtet. Sie würden aber im Kriege unbrauchbar sein, wenn sie nicht schon im Frieden functioniren, deshalb müßten sie viele Arbeiten von den Regimentern übernehmen. Abg. Buhl will wissen, weshalb nur bei den Tuchankäufen eine Mi. bedarf abgabe wegen gütiger Einkäufe eingetreten sei. Gen. Major v. Fund erwidert, bisher werde nur das Tuch im Großen gekauft; die anderen Artikel bis jetzt noch bei den Regimentern. Für Leder soll jetzt ein anderes Verfahren eintreten. Das sei auch bei Leinen und Trill möglich. Abg. Dr. Baumbach fragt, ob nicht eine Beschränkung der Militärhandwerker möglich sei. Gen. Major v. Fund: die Zahl der Defonomehandwerker sei bereits trotz der Heeresverfäkung von 25 pCt. vermindert; eine weitere Verminderung sei vielleicht zulässig, falls die stärkere Veranziehung der Strafanstalten, über welche er zahlenmäßig berichtet, Erfolg haben sollte. Abg. Spertlich, Müller billigen dieses Vorgehen, während Abg. Singer von der Umföhlung der Strafanstalten in Großindustrie Etablissements ein weiteres Herabdrücken der Preise befürchtet. Forts. Montag.

Politische Uebersicht.

Eine Dreikaiserzusammenkunft weiß das „Neue Wiener Tagblatt“ in absehbarer Zeit in Aussicht zu stellen. Nach dem Blatte soll der ungarische Ministerpräsident Wefeler bei seinem Aufenthalt in Wien die Versicherung erhalten haben, daß die auswärtige Lage niemals so ruhig gewesen sei als gerade jetzt. — Eine gewisse Ergänzung zu obiger Mittheilung bildet ein Berliner Telegramm der Münchener „Allg. Zg.“ des Inhalts,

daß dem Vernehmen nach der russische Thronfolger nach Berlin die Versicherung überbracht haben soll, das ein Bündniß zwischen Rußland und Frankreich nicht bestehe.

In dem österreichischen Regierungsprogramm wird, wie nachträglich noch im Einzelnen bekannt wird, außer der Verfassungsform und den directen Wahlen in den Landgemeinden von der Regierung auch der Schluß des nationalen Status quo zugelegt. Die deutsche Linke bedauert, das Regierungsprogramm mit einer Partheiungung zu beantworten, die bereits am Sonnabend erschienen sollte. — Bezüglich der österreichisch-ungarischen Valutareform sind anlässlich des Wiener Aufenthaltes des ungarischen Ministerpräsidenten die Finanzminister von Oesterreich und Ungarn übereingekommen, die obligatorische Rechnung in der Kronenwährung mit dem 1. Juli 1894 ins Leben treten zu lassen. Ursprünglich bestand allerdings die Absicht, das hierauf bezügliche Gesetz schon während der Frühjahrs Session in beiden Parlamenten erlassen zu lassen und im Sinne der Valutareformgebung erst zu publiziren, daß die obligatorische Rechnung in der Kronenwährung schon am 1. Januar 1894 in Kraft treten könne. Der Ausföhrung dieses Planes steht jedoch das parlamentarische Arbeitsprogramm der österreichischen Regierung im Wege, und es wurde vereinbart, den auf die obligatorische Kronenrechnung bezüglichen Gesetzentwurf erst in der Herbstsession vorzuliegen. Das ungarische Finanzministerium hat einen solchen Entwurf nach dem Vorbilde des Parentes vom Jahre 1855 und der deutschen Gesetzgebung schon vor längerer Zeit ausgearbeitet und dem österreichischen Finanzministerium mitgetheilt, wo derselbe entsprechend ergänzt wurde. Ferner haben die beiden Finanzminister vereinbart, zur Erörterung der Frage des Preisrückgangs der Bank einzutreten, da augenblicklich viel dringlichere Angelegenheiten im Vordergrund stehen. — In der österreichischen Budgetdebatte erklärte im Abgeordnetenbause Unterrichtsminister von Gausisch bei dem Titel „Hochschulen“, die Regierung werte trotz des färglich bewilligten Creditbes von 8 Millionen Gulden genöthigt sein, neuerlich weitere, vielleicht sogar noch größere Mittel zu verlangen, um nur den dringendsten Bedürfnissen der Hochschulen zu genügen. — Für den ungarischen Reichentritt bei der Aufhebung des ungarischen Ministerpräsidenten aufsehend wichtige Entscheidungen gebracht. Wefeler wurde am Freitag von dem Kaiser in einräudiger Audienz empfangen. Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet, hat er in Wien die Ueberzeugung gewonnen, die ungarische Regierung werde aus den vorhandenen Mitteln stetig hervorgerufen. Die kirchenpolitischen Vorlagen in Ungarn werden schrittweise erfolgen; die staatliche Waffenföhrung soll in drei Monaten Gesetz werden, das Erforderlich hierfür ist mit vier Millionen veranschlagt. Auf die Einführung der obligatorischen Civilehe legt Wefeler kein so großes Gewicht.

In der französischen Panamaaffäre hat der Untersuchungsrichter Franqueville die Untersuchung gegen Arton für vorläufig abzuschließen erklärt. Arton wird dreier Verbrechen beschuldigt: des Betruges bei der Dynamit Gesellschaft, betrügerischen Bankrotts und der Bestechung von Parlamentariern. — Der Beamte des „Credit Foncier“, Blondin, welcher wegen gemisser bei der Panama-Gesellschaft vorgekommener Betöchungen verhaftet wurde, ist aus Gefangenschaft freigesprochen, vorläufig in Freiheit gesetzt worden. — Für das Ministerium Ribot hat am Freitag eine Verammlung von republikanischen Abgeordneten eine Unterstüzungserklärung angenommen, welche den Beschluß enthält, das Ministerium Ribot färglich zu unterstützen und jede Ministerkrise bis nach den Wahlen zu vermeiden. Der Verammlung wohnten 285 Abgeordnete bei. — Der französische Ministerabschloß die Verlegung Cassagnacs und der „Autorite“ wegen ihrer Angriffe auf den Staatcredit. — Der römische Bankscandal hat auch in der

Freitagssitzung der italienischen Deputiertenkammer zu einer sehr erregten Debatte geführt. Zu Beginn der Sitzung wurde ein Schreiben Crispis verlesen, in dem Crispi, Bezug nehmend auf die Mitteilung des Staatsanwalts, das Tonlongo behauptete, beträchtliche Summen an die verschiedenen Ministerpräsidenten gezahlt zu haben, dieselbe Behauptung seinerseits als falsch zurückwies. Darauf begann die Beratung des Ausschusses über den Antrag auf Verfolgung de Zerbis. Colajanni, der unter Widerspruch der Linken dem Staatsanwalt Parteipolitik vorwirft, kam hierbei auf die Notwendigkeit parlamentarischer Untersuchung zurück, weil die Documente des Staatsanwalts auf die Schuld auch noch anderer Deputierter hinweisen und die Aufklärung über die Bankzählungen zu Wahlzwecken sowie zur Erhöhung des Geheimnisses unabwiesbar sei. Colajanni richtete dabei heftige Angriffe gegen die Nationalbank und die Navigazione Generale und sprach außerdem schwere Verwünschungen gegen mehrere Mitglieder des Hauses aus, ohne deren Namen zu nennen. Gleich Colajanni verlangte der konservative Prinetti abermals parlamentarische Untersuchung im Interesse des Ansehens der Kammer und der Regierung, deren Ablehnungen nicht mehr genügen, den Verdacht zu beseitigen. Er bezweifelte, daß das Ministerium und der Ministerpräsident Kraft und Ansehen genug haben, unter den gegenwärtigen Schwierigkeiten das Staatsgeschiff zu lenken, nachdem Giolitti vergehen verfußt habe, alles zu widerrufen, und eine vierjährige Debatte über die Banken und den Credit fortgesetzt habe, ohne daß der Schatzminister und Handelsminister den Mund aufgehen hätten. Prinetti deutete dabei zugleich die Mißthat gewisser Minister an dem Bankstabil an, welche Angriffe Grimaldi und Sacava, die anscheinend gemeint waren, mit lebhaften Ausrufen der Erregung beantworteten. Ministerpräsident Giolitti nahm darauf das Wort zu einer entschiedenen Entgegnung, in welcher er zunächst das Gerücht, daß die Nationalbank fälschliche Beiträge zu den Geheimnissen liefere, als durchaus falsch bezeichnet. Giolitti erklärte darauf, er überlasse es der Kammer, bezüglich des Auslieferungsergebens schlußfähig zu werden. Die parlamentarische Untersuchung aber würde im Lande den Eindruck hervorgerufen, als wolle die Kammer den Lauf der Gesetzgebung aufhalten. (Beifall links.) Auch der Finanzminister Grimaldi und der Arbeitsminister Sacava nahmen persönlich das Wort, um die Beschuldigungen Prinettis als Verleumdungen zurück zu weisen, nachdem zuvor der Justizminister die Behauptung, daß der Richter, welcher die Untersuchung in der Angelegenheit bezüglich der Banca Romana eingeleitet habe, verstoßen worden sei, als unzutreffend bezeichnet, eingehend die Bornahme der Hauptkündigungen gerechtfertigt und mit der Versicherung geschlossen hatte, die Kammer sowie das ganze Land können bestimmt auf die Unabhängigkeit des italienischen Richtersstandes zählen. Grimaldi erklärte, er wisse die gegen ihn unlauteleinen insamen Beschuldigungen mit Verachtung zurück. Die Zukunft werde darthun, daß sein Verhalten stets ein correctes gewesen sei. Sacava wies gleichfalls die außerhalb der Kammer unlauteleinen Insinuationen auf das Unentschiedene zurück. Auf diese Auslassungen folgte ein ungemein erregter Wortwechsel, bei dem Vorliegenden nöthigte, die Aufhebung der Sitzung und die Räumung der unruhigen Journalistentribüne anzubringen. Prinetti konnte die ihm zu Theil gewordenen Ablehnungen nicht erwidern und ließ sich zu förmlichen Beschimpfungen gegen die Minister hinreißen. Darauf antwortete Giolitti: Wenn diese Art der Debatte fortwähret, wird kein Galantuomo mehr am Ministerische sitzen wollen. Prinetti erwiderte: Nur Sie haben solche Wissensfälle möglich gemacht und gezeigt, daß Sie die Bedeutung des Wortes „Galantuomo“ nicht verstehen. Hierbei entstand ein so heilloser Tumult, daß der Vorsitzende nur durch ein plötzliches Schlussmachen wieder die Ruhe herstellen konnte. Die Strafverfolgung de Zerbis wurde schließlich fast einstimmig genehmigt. — Der österreichische Justizminister hat die Ausforschung des künftigen Directors der römischen Filiale der Banca di Napoli Gulinello angeordnet und den Befehl erteilt, daß ihm die Meldung von dessen Verhaftung behufs Ermöglichung der Einleitung des Auslieferungsverfahrens sofort übermittelt werde.

Die englische Adressdebatte ist von dem Oberhause am Freitag nach dreitägiger Discussion beendet und die Adresse an die Königin angenommen worden. — Im Unterhause dagegen erfolgte am Freitag noch eine abermalige Vertagung nach einer für die Beurteilung der allgemeinen Lage bemerkenswerthen Debatte. Zu Beginn der Freitagssitzung beantragte Labouchere ein Amendement, welches die Hoffnung ausdrückt, daß Borial die Räumung Ugandas durch die Britisch-Drafrkanische Gesellschaft erwirkt werde, ohne die Verantwortlichkeit Englands zu vermehren. Ferner schlug Labouchere bezüglich des Dreibundes eine Erklärung vor, die besagt, daß, falls Lord Salisbury Italien

seinen Beistand beim Ausbruch eines Krieges mit Frankreich versprochen habe, die jetzige Regierung für jene Verabredungen nicht verantwortlich sei. Der Premierminister Gladstone erwiderte, daß bezüglich des Dreibundes seit seinem Regierungsantritt sich nichts ereignet habe, was eine Beunruhigung hinsichtlich des Dreibundes verursachen könne. In Ägypten sei die Regierung unausgesetzt bestrebt, ihre absolute Pflicht zu erfüllen, nämlich die äußere Sicherheit und den inneren Frieden des Landes zu bewahren, so lange die britische Besatzung dauere; gleichzeitig bemühe die Regierung sich, die Harmonie und Eintracht zwischen der ägyptischen Regierung und der bestehenden Macht herzustellen. Gladstone erkannte die freundliche und gemäße Sprache des französischen Ministers des Auswärtigen in der Kammer über den Grenzstand an. Bezüglich Ugandas sei die Discussion verfrüht, man müsse Borial Bericht abwarten, ehe man über die Zukunft entscheide. Auf mehrere Anfragen Balfours erwiderte, da Gladstone das Haus verlassen habe, der Kanzler der Oberkammer Sir Harcourt, die Regierung habe erfahren, daß die Räumung Ugandas ohne Vorsichtsmaßregeln eine Gefahr für die Bevölkerung bedeute; die Regierung habe daher die Britisch-Drafrkanische Gesellschaft aufgefordert, in Uganda zu verbleiben, bis die Räumung des Landes unbeschadet dessen Sicherheit erfolgen könne.

Zur Lage in Ägypten meldet das „Reuter'sche Bureau“ aus Kairo: Obwohl die Situation in Kairo beruhigend ist und bereits davon die Rede war, daß eines der beiden Bataillone, die nach Ägypten unterwegs sind, nach Mauritius abgehen sollte, gilt es doch als wahrscheinlich, daß beide Bataillone in Alexandria landen und nach Kairo abgehen werden. Im Gefolge damit steht eine andere Meldung, nach welcher die englische Regierung von Lord Cromer eine Depesche des Inhalts erhielt, daß die gegenwärtigen Zustände in Ägypten die Landung aller darin besetzten britischen Truppen erheischen. — Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Alexandria ist dort am Sonnabend der Transportdampfer „Gimalava“ mit einem Bataillon des schottischen Regiments „Black Watch“ ausnahmsweise eingetroffen. Sonnabend früh sollte das Bataillon ausgeschifft werden und dann direkt nach Kairo abgehen. Ein Eisenbahnzug wird zu seiner Aufnahme am Dinstag bereit stehen. In der Stadt herrscht Ruhe, wiewohl in dem Viertel der Eingeborenen eine gewisse Erregung wahrzunehmen ist. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet ferner aus Kairo, daß der Kheiwie Sonnabend Morgen in Begleitung der Minister nach Ägypten abgereist sei.

Deutschland

Berlin, 6. Februar. Der Kaiser empfing am Sonnabend Nachmittag den commandirenden General des 8. Armecorps, General der Cavallerie und General Adjutant Febr. v. Los, der darauf auch zur kaiserlichen Frühstückstafel geladen wurde. Nach der Tafel unternahm der Kaiser und die Kaiserin eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Tiergarten, von der sie nach Ablauf einer Stunde zum Schloffe zurückkehrten. Demnach verließ der Kaiser im Arbeitszimmer. Am Abend um 7 Uhr begab er sich nach dem Casino-Casino des 2. Garde-Regiments z. F., um daselbst an einem Festmahle zu Ehren des 81. Geburtstag des Oberbefehlshabers der Truppen in den Marken, des General-Oberst der Infanterie v. Pape, Theil zu nehmen. Am geistigen Vormittage hatten sich der Kaiser und die Kaiserin zur Bewohnung des Gottesdienstes nach der Dominterimskirche begeben, woselbst auch die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht von Preußen, die beiden ältesten Söhne des Regenten von Braunschweig, in Begleitung des Oberlieutenants v. Kogler anwesend waren. Nach Schluß des Gottesdienstes kehrten die Majestäten zum Schloffe zurück, woselbst am Nachmittag um 1/2 Uhr die Frühstückstafel stattfand.

Zur Haltung der freisinnigen Partei in der Willkürfrage, schreibt der Abg. Voth in der „Nation“: „Alle Erwägungen, welche gegen einen Wechsel der Person des Reichszanzlers sprachen, hätten nicht die Kraft, die freisinnige Partei über jene Bewilligungslinie hinauszuführen, die sie in vollem Einverständnis mit ihren Wählern gezogen hat. Ueber diesen Punkt herrscht innerhalb der Fraktion keinerlei Meinungsverschiedenheit. Hinter dieser Linie werden wir auch eine etwaige Auflösung mit einiger Ruhe abwarten. Daß dieselbe für die Freisinnigen als Partei zu fürchten wäre, halte ich für irrig. Der antikerische Unfug hat allerdings in jüngster Zeit Erfolge aufzuweisen, aber da er naturgemäß seine größeren Triumphe dort feiert, wo die Bevölkerung intellektuell am weitesten zurückgeblieben ist, so werden die konservativen Wählerkreise seine Hauptdomäne bilden. Die Sozialdemokratie andererseits hat meines Erachtens an Zugkraft in den letzten Jahren nicht gewonnen. Selbst wenn sie den Freisinnigen aber auch

hie und da einen Wahlkreis abnehmen sollte, so würde die parlamentarische Stellung der Freisinnigen durch diese Verletzung der äußersten Linken so gut wie gar nicht beeinflusst werden. Andererseits bietet sich für die Freisinnigen und die mit ihr enge verbundene Volkspartei die Aussicht, bei einer Auflösung nach rechts nicht unerheblich zu gewinnen.“

(Das Wahlgewinnnis bei den Abgeordnetenwahlen.) Der preussische Ministerpräsident Graf Eulenburg hat sich neulich bei der Verhandlung über die Wiederberufung von freisinnigen Kreisdeputierten für seine Partei mit besonderem Nachdruck auf seinen Onkel Graf Eulenburg den Älteren berufen, dessen Beispiel zu folgen er entschlossen sei. Da Graf Eulenburg nicht wohl gemeint haben kann, er müsse nur in diesem einen Falle dem Beispiel seines Vorgängers folgen, so schloß er mit seinen Worten, daß der jetzige Minister des Innern demüthigt bei der Beratung der Wahlgesnovell seinen Widerstand gegen die Einführung der gerben Abstimmung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus fallen lassen wird. Sein Vorgänger hatte nämlich, woran der Chefredacteur des „N. Ostl. Anz.“, Herr Gebel in diesen Tagen in einem in dem Hörsaal freisinnigen Verein gehaltenen Vortrag erinnerte, in der Städteordnung für die alten Provinzen, welche am 8. März 1876 dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, vorgeschlagen, die öffentliche Abstimmung zu beseitigen. Nach § 35 sollte das Wahlrecht in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgedrückt werden. Ueber diese Abweichung von der Städteordnung von 1853, die leider heute noch in Kraft steht, wird in den Motiven bemerkt: „Der Entwurf folgt in diesem Punkte dem System des Reichstagesabstimmens vom 31. Mai 1869. Das diesem System zu Grunde liegende Motiv, die Wähler vor illegitimen Beeinflussungen und vor der Nothwendigkeit einer Rücksichtnahme auf Personen und äußere Verhältnisse zu bewahren, trifft in verstärktem Maße bei den auch bezüglich der passiven Wahlfähigkeit in dem engeren Kreise der Wähler ein und derselben Gemeinde sich vordringenden Communalwahlen zu — selbst die Ernennung des Umwandes, daß die letzteren, wenigstens ihrem Zwecke nach, nicht im Hinblick auf die politische Vertretung des Einzelnen vorzunehmen sind.“ Will der jetzige Minister des Innern nicht den Verstand betäuben, daß an der öffentlichen Wahl der Wahlmänner zum Abgeordnetenhaus zu dem Zwecke fengehalten werde, illegitime Beeinflussungen der Wähler zu begünstigen, so wird er anerkennen müssen, daß sein „verewigter Dohm“ die Einführung der geheimen Abstimmung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus als selbstverständlich betrachtet hat und er wird sich demgemäß den jetzigen Anträgen der Freisinnigen und des Centrums zu der Wahlnovelle nicht länger widersetzen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 4. Februar.) Die in der Dienstagssitzung des Reichstages beim Etat des Reichsanths des Innern von den kaiserlichen sozialdemokratischen Abgeordneten wieder aufgenommene Reichstagsdebatte hat in Folge eines Frontangriffs des Centrumsabg. Dr. Wagem gegen die Sozialdemokraten einen unvorhergesehenen Umfang angenommen. Die Frage Wagens, wie die Sozialdemokraten sich jetzt ihren Zukunftsstaat vorstellen, auf den sie ihre Anhänger verstoßen, hat Abg. Bebel in einer außerordentlich langen Rede unbeantwortet gelassen. Bebel trug mit großer Flect und nicht ohne gewisse Symptome zusammen, welche seiner Ansicht nach zum Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung führen müßten; das Weitere werde sich finden. Der Reichstag hätte in auch Zeit gehabt, darauf zu warten. Aber eine Rede gegen die andere und so hat der Reichstag sich in aller Form als sozialpolitisches Seminar zur Bildung der sozialen Frage konstituiert. Herr von Stumm vertheilt natürlich nur die Sprache der Gewalt. Dr. Wagem wiederholt noch einmal in schärferer Form seine Frage nach dem Zukunftsstaat. In der heutigen Sitzung kam zunächst Abg. Richter zum Wort, der sich gegen einzelne Angriffe Wagens verteidigte und zum größeren Gaudium der Rechten und des Bundesratsstilles — auch Minister v. Bötticher baterte nachher dem Redner seinen Dank aus — die Ausführungen Bebel's von Grund aus widerlegte. Der sozialdemokratische Senat würde noch schärfer sein, als der Reichstag, den wir jetzt an bekümmert hätten. Auch auf das Reichstagswort: „Die Frau“ ging Richter ein. Als das Reichstagsmitglied in dem Verhalten der sozialdemokratischen Partei bezeichnet Richter, daß sie uns zwingt, nach zwei Fronten zu kämpfen, nach Rechts und nach Links. Sie fördere die Spaltung des Bürgerthums in dem Kampfe um die freirechtliche Entwicklung. Auch einem wenig glücklichen Bericht des Abg. Frahm's, seinen Parteigenossen Bebel zu Hilfe zu kommen, nämlich der Abg. Staecker das Wort, um seinerseits mit dem Sozialdemokraten abzurechnen. Sie hielten zwar Beschlüsse für die Arbeitlosen aus, nähmen sich aber sonst der Arbeiter, die in Noth sind, nicht an, was doch „fogar“ die Gewerbetheile hielten. Die Sozialdemokratie sei banalerecht — sie ist ein Produkt des Freirechts, Staecker erwidert dann von seinem Standpunkte aus, was Bebel gefordert Manierungen der Sozialdemokratie genannt. Seine Rede in dem bekannten Styl der christlich-sozialen Verkommenen ruht selbst auf der Reden Heiterkeit hervor. Daß die Sozialdemokratie keine Ideale habe, weiß Bebel durch Citate aus — sozialistischen Liebesliedern nach und die Rechte ist Bravo! In einer ziemlich kurz gehaltenen Rede wies Abg. Hise (Chr.) eine Reihe von Mißverständnissen Freirechts zurück, worauf die Debatte auf Montag vertagt wird.

Von Dienstag den 7. d. M. ab steht ein Transport Rülhe mit Kälbern, prima Waare, bei mir zum Verkauf.
E. Schlippe, Kölschan.

G. Höfer,
Hypotheken-, Agenturen- und Commissionsgeschäft,
Merseburg Hofmarkts 8.
Vermittlung von An- und Verkäufen von Stadt- und Landgrundstücken, Beförderung von Capitalen auf sich. Hypothek,
Nachweis nur guter Grundstücks-Hypotheken,
Anfertigung v. Nachlasskatalogen.
Nachweis für Kapitalisten und Kauf-fachende kostenfrei.

Metal- und Kautschukstempel für Behörden und Privat.
Liefert billigst
HEINR. HESSLER
No. 79 Hofmarkt No. 79

Asthma beste ich gründl. Auch bei lang. Krankheit u. in hoch. Alter, dauernde Erfolge. Lebensbesch. u. Angabe ob Hilfe fast an P. Weidhaas, Dresden - Kadewitz, Thalbeimstraße. (H. 3397 a.)

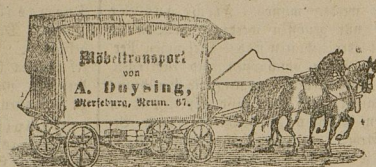
Rudolf Mosse,
Louis Heise,
HALLE a. S.,
Brüderstraße 6 (dicht am Markt),
von 7-7 Uhr geöffnet.
Besorgt pünktlich und zu den Original-Preisen der Zeitungen, ohne Spesen,
Literatur jeder Gattung,
B. Geschäftsanzeigen, Radts, Heiraths-, Stellenangebote, Anz- und Geschäfts-An- und Verkäufe etc.
an alle Zeitungen des In- und Auslandes.
Belege werden für jede Einrichtung geliefert und bei größeren Aufträgen Rabatt gewährt. Kosten-Voranschläge und Kataloge gratis.
H. 3397 a.
Halle. Leipzig. Berlin.

Das Colonialwaaren-Ghaus
von
Otto Zachow, Merseburg,
Scheinstraße 6,
empfiehlt seine
Material- und Colonialwaaren,
Weine,
Spirituosen,
Tabak,
Clarets und Flaschenbier,
Wurst- und Fleischwaaren (eigener Schächtere),
Farben etc.,
Papamente,
Kurz,
Galanterie und Schnittwaaren
bei nur la. Qualitäten zu äußerst billigen Preisen.



Regenschukdecken
für Pferde und Wagen,
aus chemisch verarbeiteten Seidenstoff, liefern prompt und billig zu Fabrikpreisen.
Ed. Klaus.
Frische Eier.
F. Böhme, Delgrube 8.
Küder, welche hiesige Schulen besuchen wollen, finden
gute Pension.
Marie Gäbler,
Sand Nr. 7.

Nasspresskohlensteine
empfehle zu ermäßigtem Preise
Grube Pauline - Dörstewitz. (34794)



Das Möbeltransport-Geschäft
von **A. Duysing,**
Merseburg,
Neumarkt 67.
hält sich bei bevorstehender Ziehzeit bestens empfohlen.

Nur wirklich gute Nähmaschinen



kauft man, wie tausendfach anerkannt, am besten und billigsten und unter gewissenhafter sachmännlicher Garantie in dem
Nähmaschinen-Special-Geschäft
von **H. Baar, Markt Nr. 3.**
Reparaturen an allen Nähmaschinen werden von mir selbst in eigener Werkstatt wie bekannt **billig** und **gut** ausgeführt.



Die vielfach billig angebotenen **Verluer Nähmaschinen** habe von jetzt ab zum **Brutto** am Lager und gebe solche für **55 Mark** ab

Die Dampf-Färberei
u. dem **Waldenstalt**
von **Max Wirth**

empfiehlt sich zum Färben von **Wollstoffen** aller Art **Daunen** und **Herrenanzugstoffen**, im **Garben** und **getrennt**, bei bester **Wesung** und **schönen** **Preisen**.

Frische Krammervögel, frische Birkhähne, echte Frankfurter Würstchen, Mittwoch frischen Schellfisch und Jander
empfiehlt
C. L. Zimmermann

Reine Glycerin-Schwefelmitel-Seife
(erwommt seit 1863) aus der **Isl. hoher Selenparfümerie** von **C. D. Schwanisch, Alenberg**, **prämirt 1872** **München** eine der **besten** **Toiletten** im **Europa** eines **schönen**, **komfortablen**, **weissen** **Seins**; zur **Reinigung** von **Haar** und **Haar** **schlingen** **den** **Reinigen**, **Wunden**, **Wasser** **er** **reißt** **immer** **zu** **35 Pf** **nur** **bei** **W. H. Kiesel**, **Drogen-Handlung** **N. H. Nr. 3.**

Abonnement vierteljährlich 2 M. 25 Pf.
Expedition:
H. S. Hermann
Sohn u. W., Bauhof 8.
Probennummern sendet die Expedition gratis und franco.
Die Nation
Man abonniert bei jeder Buchhandlung und jeder Postanstalt.
Annahmestellen:
RUDOLF MOSSE.
Die Nation besteht seit October 1853; hat über 100 Mitarbeiter.

Familienfeier wegen bleiben unsere Geschäfte am Dienstag Nachmittag geschlossen.

A. Henckel, Delgrube.
G. C. Henckel, Gottbardsstr.

Dauer's Restauration
Heute **Dienstag**
Schlachtfest.

Zum alten Dessauer.
Mittwoch **Schlachtfest.**
3. Hütenrauch.

Augarten.
Heute **Dienstag**
Salzrippchen.
K. Halle'sches Actienbier K. E. Lasse.

Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg.

Generalversammlung
Montag den 13. Februar or.,
abends 8 Uhr,
im „Chüringer Hof“ hieselbst.
Tages-Ordnung:
1) Beschlußfassung darüber, ob ein zweiter Kassenzug angestellt werden soll.
2) Regelung des Gehalts des Rechnungsführers.
Merseburg, den 3. Februar 1893.
Der Vorstand.
schönlicht

VI

Mittwoch den 8. Februar
VI Abonnements-Concert,
gegeben vom **Comptours** der **Leitung** **des** **en-Regiments** **Nr. 12** **unter** **der** **Leitung** **des** **Regiments** **W. F. Zuber**
Wille **im** **Vorverkauf** **à** **50 Pf.** **in** **den** **Gezogenhandlungen** **von** **C. Meyer, Bahn-** **hofstraße** **Geiz, Schulze jun., H. Ritter** **straße** **W. H. Watto, Hofmarkt, u. A. Weiss** **(H. Geiz), Brühlstraße.**

Kaiser Wilhelmshallen-Theater.

Dienstag den 7. Februar.
8. Klasse-Vorstellung
Ben-ji für Ulrich Pastar.
Kabale und Liebe.

Schauspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Die Direction.
P. T.
Zu meiner heutigen Berufsvorstellung erlaube ich mir hierdurch ganz ergebenst einzuladen.
Hochachtungsvoll
Ulrich Pastar.

Sieber's Restaurant.
Heute **Schlachtfest.**

Landwirtschaftliche Winterschule
Merseburg.

Von den **Böglingen** der **Landwirtschaftlichen Winterschule** zu **Merseburg** haben auch in diesem Jahre wieder mehrere theils als **Berater**, theils als **Defonome**-Schüler am 1. April d. J. Stellung. **Principale**, welche hierauf zu reflectiren geneigt sind wollen sich deshalb gefälligst an den **Director** der **Schule**, **Herrn** **Glag**, **Neumarkt** **Nr. 33** hieselbst, wenden, welcher nähere Anstalten zu geben gern bereit sein wird.
Merseburg, den 25. Januar 1893.
Der Vorstand
des **Landwirtschaftlichen Kreis-Vereins**
Merseburg.
Vorb.

Einen Lehrling sucht zu **Obern**
Friedrich Wenzel, **Bädermeister**,
Wedra.

Zum Schneider und **Wäscheausbessern** sucht **Verlaftung**
Frau Kind, **Coalstraße 31.**
Auch werden **hieselbst** **Robröße** **gut** **angefertigt.**

Gesang-Verein.
Dienstag, 7. Februar, 7 Uhr,
im **Violi**
Abendunterhaltung
unter Mitwirkung der Pianistin **fr. Meta**
Walther aus **Leipzig.**
Zum **Beitrag** kommen **Chöre** von **Haupt-**
mann, **Bruch**, **Rob. Schumann** und **Contra-**
solo von **fr. Schubert**, sowie **Piano**-**recor-**
tionen von **Beethoven**, **Chopin**, **Schumann**,
Reinecke und **Mendelssohn.**
C. Schumann.

Einen Lehrling sucht
F. Uoruh, **Stellmachermeister.**

Einen Lehrling sucht
Otto Stahl, **Bädermeister**,
Delgrube 25.
Auch wird eine **Frau** zum **Grüßhüttragen**
angenommen.
D. D.

Einen Kellerlehrling
sucht zu **Obern**
Hotel halber Mond.

Einen Lehrling
sucht zu **Obern**
Ernst Meyer, **Bädermeister**,
Salze Straße 13.

Einen Lehrling
sucht
W. Kurthaus, **Bädermeister**,
Friedrichstraße 8a.

2 junge Mädchen
zum **Erlernen** der **feinen** **Küche** sucht **ja-**
fort oder zu **Obern**
Hotel halber Mond.

Suche in **Obern** **einen** **Lehrling.**
H. Lampe, **Buchbindermstr.**,
Brühlstraße 21 l.

Ein nicht zu junges Mädchen
sucht zum 1. April als **Mädchen** für **Mies**
Frau Dr. Eysoldt.

Aufwartung sofort gesucht
Bismarckstraße 1, rechts.

Gesucht für **Mittwoch** und **Sonntag** nach-
mittags ein **Mädchen** als **Aufwartung**. **Off.**
n. H. 10 an die **Exp.** d. **Bl.**

Ein nicht zu junges fleißiges **Reinmädchen**
wird per 1. März oder April gesucht
Café-Haus Neuschau.

Ein **zuverlässiges**, **älteres** **Mäd-**
chen, das **hohen** **Kann** und die
Hausarbeit mit **übernimmt**, wird
für den 1. April zu **müthen** gesucht im
Sparrhaus des **Neumarkts**

Rechnungsabschluss
des **Verbands** Vereins zu **Merseburg** **u.**
mit **unabhängiger** **Rechnung**
vom **1. Januar** bis **31. Dec.** 1892

Einnahme	Mark 97
Kassenbestand v. Monat Dec. 1892	55,980 40
Abschreibung auf gegebene Vorzüge	283,856 06
Vordrucks-Rüben	6,187 90
Vereinscapital von Mitgliedern	—
Reservefond	—
Ungenommene Anlehen	60,823 28
Anzahl-Gewinn	3,582 —
Giro-Gewinn — Berlin	9,417 85
Laufende Rechnung — Berlin	100 —
Bank-Gewinn	10,139 —
Gewinn für verschiedene	1,624 45
Summa	437,681 49

Ausgabe.
Gegebene Vorzüge 296,861 19
Antraggehaltene Anlehen 40,627 15
Gezahlte Rüben 21,816 94
Antraggehaltene Vereinscapital —
Verwaltungsloste 837 26
Anzahl-Gewinn 2,132 —
Giro-Gewinn — Berlin — 9,766 36
Laufende Rechnung — Berlin —
Bank-Gewinn 45,250 36
Gewinn für verschiedene 1,664 08
Summa 418,855 35

Mittig Defand 18,826 16
Richter **K. G. Dürre** **u.** **Hartung.**

Höchste und niedrigste Marktpreise
vom 29. Januar bis mit 4. Februar 1893.

Weizen, pr. 100 Kl.	16,20 bis 14,70 Mt
Roggen, do.	14,40 bis 13,60 „
Gerste, do.	18,20 bis 15, — „
Hafer, do.	15,50 bis 14, — „
Erbsen, do.	20, — bis 18, — „
Bohnen, do.	44, — bis 18, — „
Rüben, do.	19, — bis 16, — „
Kartoffeln, do.	5, — bis 4,50 „
Rindfleisch (von der Keule), pro Kilo	1,40 bis 1,30 „
Schaffleisch, pro Kilo	1,30 bis 1,20 „
Schweinefleisch, do.	1,40 bis 1,30 „
Schafschafsch, do.	1,40 bis 1,20 „
Kalbfleisch, do.	1,30 bis 1,20 „
Butter, do.	2,40 bis 2,20 „
Eier, pro Schock	6,80 bis 6,40 „
Fett, pro 100 Kilo	8, — bis 7, — „
Stroh, do.	4,50 bis 4, — „

Marktpreis der Ferkel
in der **Wache**
vom 29. Januar bis mit 1. Februar 1893
pro **Stück** 10,50 bis 16,50 Mt.

Geben eine Beilage.

Die Cholera in der Nietlebener Irrenanstalt.

Halle, 6. Februar. Der Verlauf der Krankheit in der Provinzial Irrenanstalt Nietleben bis zu verfloßener Mitternacht ist folgender:

	Erkrankungen	Todesfälle
Bestand am 20. Januar	63	19
Zugang „ 21. „	9	7
„ 22. „	12	4
„ 23. „	8	2
„ 24. „	13	1
„ 25. „	4	5
„ 26. „	3	—
„ 27. „	—	2
„ 28. „	2	2
„ 29. „	—	2
„ 30. „	—	—
„ 31. „	—	—
„ 1. Februar	1	1
„ 2. „	4	—
„ 3. „	1	—
„ 4. „	5	—
„ 5. „	2	1
Zusammen	127	48

Die Erkrankungen der letzten Tage sowie der Todesfall sind nur zu nächst als Cholera behandelt.

Die „Hall. Ztg.“ schreibt über den Stand der Seuche: Wir sind heute in der glücklichen Lage, recht erfreuliche Meldungen zur Kenntnis unserer Leser zu bringen. Vor Allem mag hervorgehoben sein, daß man der Hoffnung Raum geben kann, daß die Choleraepidemie in der Provinzial Irrenanstalt zu Nietleben selbst ihr Ende erreicht hat. Wenn wir am Sonnabend mittheilten, daß am 1. und 2. Februar je 4 choleraverdächtige Personen daselbst in die Untersuchungsstation eingeliefert seien, so ist zwar heute hinzuzufügen, daß am 3. Februar weitere fünf, am 4. Februar drei Personen in die Untersuchungsstation übergeführt sind, daß aber außer einer am 1. Februar erkrankten Wärterin seit diesem Tage bei keiner einzigen der choleraverdächtigen Personen das Vorhandensein des Kommabazillus konstatiert worden ist. Der Umstand also, daß seit dem 1. Februar in der Irrenanstalt keine einzige Neuerkrankung an Cholera eingetreten ist, daß mithin seit der letzten Erkrankung bis heute ein Zwischenraum von fünf Tagen liegt, läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß die Seuche im Erlöschen sei. Von den früher Erkrankten ist gestern 1 Person gestorben.

Auch aus Trotha und Gröllwitz lauten die neuesten Nachrichten überaus erfreulich. Der in Trotha stationirte Choleraarzt Dr. Thomascowich ist mit gestern abgerufen worden, da ein Cholerafranker in dem Orte nicht mehr existirt. In Gröllwitz ist die Familie des an Cholera verstorbenen Kindes Ida Leibe bis heute gesund geblieben; auch die kranke Familie Wöllner fühlt sich besser, aller Voraussicht nach wird auch Frau Wöllner, welche bereits so gut wie ausgeheilt war, mit dem Leben davon kommen. Auch in Lettin hofft man der Seuche Herr zu werden. Die sechsjährige Tochter des an der Cholera verstorbenen Schäfers Jander, sowie der in demselben Hause wohnende Schäferknecht Mache mehl sind allerdings ebenfalls am Sonnabend an der Cholera erkrankt, da sie aber sofort isolirt und alle Vorsichtsmaßregeln angewendet worden sind, so hofft man, daß eine Weiterverbreitung nicht stattfinden werde. Ein junger Arzt Dr. Schulze, ist ebenso wie eine Diaconin aus Halle a. S. in Lettin bis auf Weiteres stationirt worden; auch ein weiterer Gensdarm ist dort hincummandirt. Das Schul- und Armenhaus sind als Choleraabarten eingerichtet und die Kranken dort untergebracht worden. Der königl. Landrath v. Wender ist in den letzten 3 Tagen täglich in Lettin zur Ueberwachung der von ihm angeordneten Maßregeln persönlich anwesend gewesen.

Provinz und Umgegend.

† Raumburg, 5. Febr. Bei der Eisenbahnbrücke an der Henne und bei der Einmündung der Anstalt haben sich in der Saale gewaltige Eisschübe gebildet. Unterhalb derselben steht das Eis noch fest. Infolge des wiederergetretenen Frostes ist das Wasser allerdings im Fallen begriffen, aber an den eiskältesten Stellen treibt viel Grundeis, das die Eisschübe verstopft und das alte Eis verhärtet. Der Gießgang kann somit, wie man der S. Ztg. schreibt, bei wieder eintretendem Thauwetter sehr schwierig und gefährlich werden.

† Eisenleben, 4. Febr. Heute ist die Hebamme Frau Säger aus Wolferode im Walde ermordet aufgefunden worden. Dieselbe, eine noch junge, von ihrem Manne getrennt lebende Frau, war schon seit einigen Tagen vermißt und gestern von der hierzu aufgebotenen Schuljugend vergebens

gesucht worden. Sie hatte in Berufsgeschäften nach Schmalzerode und Bischofsrode gehen wollen.

(S. Ztg.)

† Langenweddingen, 5. Febr. Der Personenzug 268 Magdeburg-Halberstadt, welcher Personenzug 426 Magdeburg-Stassfurt in Langenweddingen überholen sollte, ist heute hier aus noch nicht aufgeklärter Ursache auf den Zug 426 aufgefahren. 3 Reisende und ein Bahnenarbeiter erlitten hierbei Arm- und Beinbrüche, 7 andere Personen wurden leicht verletzt. Mergliche Hilfe war halb zur Stelle. Schwerer verletzt sind vier Personen: Chauffeurwärter Klobach aus Gochsiedt, Arbeiter Heinrich Wosj aus Bleedendorf, Karpentierwärter Heuer aus Magdeburg, Tischlermeister Kleben aus Egeln. Nach Anbringung des Verbandes wurden erkere drei nach Magdeburg behufs Unterbringung in ein Krankenhaus, letzterer in seine Heimath befördert. Durch den Unfall wurden beide Geleise gesperrt; der Personenverkehr wurde theils durch Umleiten, theils durch Umleitung aufrecht erhalten. Am Vormittag war ein Geleise wieder frei, das andere sollte im Laufe des Tages freigelegt werden.

† Erfurt, 5. Febr. Der von hier nach Verablung eines großen Betrages durchgebrannte Kaufmann Reumann ist gestern aus Bremen hier eingeliefert und im Gerichtsgefängnis untergebracht worden.

† Aus dem Hüringertwald, 3. Febr., wird geschrieben: Vorgesahren hatten wir Thau- und Regenwetter, gestern bei Südwind thätigen Schneefall und heute bei hohem Barometerstande heftigen Nordost. Die Schneepflüge mußten auf den Gebirgsstraßen bis tief in die Thäler hinein heute abermals Bahn schaffen, zum fünften mal im gegenwärtigen Winter. Zu beiden Seiten der Hauptstraßen giebt es 2 bis 3 m hohe Schneemauern, die von Schneepflügen und Schneekäufern aufgeworfen wurden. Die Holzhaue mußten an vielen Tagen feiern. Hochwild ist auf den Bergen kaum zu spüren.

† Von der Rhön, 3. Febr., berichtet das „Ger. Tagebl.“: In dem Drie Willmar graffirt die Diphtheritis fürchterlich. Viele Familien haben bereits ihre sämtlichen Kinder durch den Tod verloren.

† Braunschweig, 4. Febr. Am Donnerstag brachen zwei Kriegen auf der Oster durch die bereits mürbe gewordene Eisecke und ertranken.

† Zeulenroda, 3. Febr. Der vermißte achtjährige Schulfahrer Trögel ist jetzt auf dem Wege von Karolinenfeld nach Kempendorf, wohin er nach der Schule gehen mußte, erproven aufgefunden worden.

† Leipzig, 3. Febr. In Böhsitz-Ehrenberg ist dieser Tage der seltene Fall vorgekommen, daß eine Mutter die goldene Hochzeit ihrer Tochter mitfeiert. Das alte Mütterchen befindet sich dabei körperlich und geistig noch so frisch, daß sie einem unverheirateten Sohne allein die Wirthschaft führt. Sie weiß sich auch, wie die „N. Nachr.“ berichten, der Vorgänge unseres Jahrhunderts, spziell der auf ihren Heimathsort bezüglichen, noch recht wohl zu entsinnen. Ihr Schwiegersohn, der Isabelbräutigam, ist seit etwa 60 Jahren in einer Eisen gießerei in Apolda beschäftigt und mit seiner Frau ebenfalls wohl und munter.

† Leipzig, 3. Febr. Wie schon berichtet, plant die Stadtgemeinde Leipzig die Erwerbung des hiesigen Schlosses Pleißenburg vom Fiscus. Es ist nunmehr zwischen dem Rathe und dem Finanzministerium unter Zustimmung des Kriegsministeriums durch Verttag u. a. folgendes festgesetzt: Der Staat tritt der Stadt sein Eigenthumrecht an der Pleißenburg mit allem ihrem Grund und Boden, Gebäuden u. gegen Zahlung von 1 650 000 Mk. ab, wogegen die Stadt auf ihre Kosten für das Infanterie-Regiment Nr. 107 auf Möckersfelder Platz, und zwar nördlich der Kaserne des 106. Regiments, eine neue Kaserne, sowie weiter eine Barackenkaserne für ein Regiment Kavallerie, ein Proviantamt (Getreidemagazin, Bäckerei u.) und was an Dienst- und Nebengebäuden, Arresträumen u. noch sonst erforderlich ist, erbauen wird. Die Stadt giebt hierzu das erforderliche Areal. Die Pleißenburg ist nach Schätzungen der Sachverständigen 4 150 000 Mk. werth. Mit dieser Summe ist sie auch formell in den Kauf eingestellert worden, doch sind 2 500 000 Mk. für die von der Stadt zu erbauenden Kasernen in Abrechnung gebracht. Es bleibt also nur eine Kaufsumme von 1 650 000 Mk. zu zahlen. Die neuen Kasernen hat die Stadt bis zum 31. März 1895 fertig zu stellen. Das große Areal, auf dem die Pleißenburg steht, wird die Stadt selbstverpflichtung zu Gelde machen, um auch ihrerseits auf die Kosten zu kommen. Und zwar ist das Areal in zwei große Baublöcke eingetheilt, deren einer mit 8 Parzellen auf 1 964 000 Mk. geschätzt ist, während der zweite mit 13 Parzellen auf 2 803 770 Mk. berechnet wird, so daß aus der Pleißenburg durch Verkauf von Bauplänen 4 827 770 Mark würden gewonnen werden. Das einzelne

Quadratmeter Baufläche ist hierbei je nach seiner Lage auf 150 bis 400 Mk. taxirt. Es sind dies die heute üblichen Preise. Von dem zu erzielenden Gewinne von mehreren Mill. Mark hat die Stadt allerdings etwa 900 000 Mk. für Herstellung der neuen Straßen aufzuwenden. Die Stadt wird einen neuen prächtigen Stadthof und einen freien Zugang zum Südtiege erhalten; ein werthvolles Stück Landschaft geht aber freilich mit dem Verluste der historischen Burg verloren.

Localnachrichten.

Merseburg, den 7. Februar 1893.

** Benutzung der Bahnhofs-Wartesäle. Nach § 15 der neuen Verfahrordnung ist den mit durchgehenden Fahrkarten versehenen Reisenden der Aufenthalt in den Wartezimmern der Bahnhöfe bis zum Abgange des nächst zu benutzenden Zuges gestattet — in der Zeit von 11 Uhr abends bis 6 Uhr morgens jedoch nur, soweit die Räume während dieser Zeit ohnehin geöffnet sein müssen. Die Unzutraglichkeiten, die für beratigte Reisende durch den Zwang der Räumung des Wartezimmers gerade während der Nachstunden entstehen, haben den Minister der öffentlichen Arbeiten veranlaßt, anzuordnen, daß von der erwähnten Ausnahmebestimmung in thunlich geringem Umfang Gebrauch gemacht werden möge. Die preussischen Staatsbahnverwaltungen sind deshalb angewiesen worden, die Verhältnisse der einzelnen Bahnhöfe näher zu prüfen und wo mindesfen für die wichtigeren Uebergangsstationen, von einer Bahnlinie zur anderen, entsprechende Vorrichtungen zu treffen. Reisenden, denen die Weiterreise an dem nämlichen Tage in Folge Zugverspätung unmöglich gemacht wird, ist bis zum Abgang des nächsten Zuges der Aufenthalt in dem Wartezimmer zu gestatten.

** Merseburger Hausbesitzer-Verein. Auf mehrfache Anfragen theilen wir hierdurch mit, daß Hausbesitzerinnen hiesiger Stadt sich durch ihre Ehemänner in den Versammlungen des Vereins vertreten lassen können. Ferner ist den Hausbesitzerinnen das Stimmrecht in den Versammlungen nach den Satzungen des Vereins eingeräumt. Zu der am Donnerstag den 16. Februar d. J., abends 8 Uhr, im großen Saale der „Reichshrone“ hierseits stattfindenden Generalversammlung, sowie bei später abzuhaltenden Versammlungen des Vereins in hiesiger „Reichshrone“ sind für die Hausbesitzerinnen feis die Gallerien des Saales reservirt.

** Von einem hiesigen Mitglied des Thierschutzvereins ist unserer Fleischer-Innung kürzlich ein der Fabric von Höhnemann & Rüdiger in Erfurt entstammender Apparat geschenkt worden, an dem die Lehrlinge das sichere Betreiben der Schlachtthiere erlernen können. Der Apparat ist sehr einfach und solid konstruirt. Auf einem eisernen Bod ist eine Büchse gelagert; dieselbe enthält eine starke Spiralfeder, in welcher sich ein Schlagbolzen mit Widerlagsscheibe einfährt; um den Schlagbolzen ist ein Krastring gelegt. Zur Uebung wird mit einem starken Schlagel auf den etwa 30cm hohe habenden Kopf des Schlagbolzens, welcher das Großhörn des Thieres markirt, geschlagen. Der Krastring zeigt an, ob der Uebende richtig getroffen und mit wieviel Kraft er geschlagen hat. Je stärker der Schlag und je kräftiger, desto höhere Nummer zeigt der Krastring. Nach dem Schlag ist der Krastring mit der Hand wieder auf den Kopf der Büchse zurückzuschieben. Der Uebungsapparat ist ein sehr wichtiges Instrument, vermittelst desselben kann jeder Lehrling u. s. w. das Schlagen erlernen, ohne dazu Schlachtthiere benutzen und üben zu müssen. Besondere Wichtigkeit erhalten diese Schlacht-Instrumente durch die neueren wissenschaftlichen Untersuchungen über schädliche Beschaffenheit des Fleisches von Thieren, welche vor oder beim Schlachten geruäht und gänglichig wurden. Deutsche und ausländische Physiologen, Chemiker und Aerzte sind darüber einig, daß das Fleisch solcher Thiere nicht nur seinen guten Geschmack und einen Theil seiner Nahrungskraft verliert, sondern auch der Gesundheit nachtheilig ist. Bei Anwendung der Schlacht-Instrumente ist jede Dualerei und Beschäftigung des Schlachtthieres und deren schädliche Folgen ausgeschlossen. Das Interesse der Fleischconsumenten wie der Fleischer selbst läßt also die Einführung dieser Instrumente als dringend geboten erscheinen.

** In der Sitzung der Halle'schen Strafkammer vom 4. d. M. beschäftigte u. a. die Sache des Maschinenmeisters Karl Becker aus Merseburg, fahr lässige Tödtung betreffend, nochmals den Gerichtshof. Die Anklage war am 2. Juni v. J. hier schon einmal verhandelt. Gegen die damals erfolgte Freisprechung des Angeklagten hatte der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht eingelegt. Dem Gegenstand der Verhandlung bildete der am 13. Sept. 1891 in der Papierfabrik von Gebr. Dietrich in

Correspondent.

Ersteinst: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend: früh 7 1/2 Uhr. Geschäftsstelle: Holzgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis: für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 30 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Nr. 27.

Dienstag den 7. Februar.

1893.

Der Militäretat in der Budgetcommission.

In der Sonnabend-Sitzung der Budgetcommission des Reichstags stellte der Abg. Hünze vor dem Eintritt in die Tagesordnung die Anfrage, aus welchen Gründen der Bundesrath den in der vorigen Session gestellten Antrag auf Aufstellung einer Militärfrakstafel abgelehnt habe. (Zugs vorher hatte Generalmajor v. Gopler eine Antwort auf diese Frage vorbehalten.) Generalleutnant v. Spitz erklärte, die Gründe seien ihm nicht bekannt. Für Preußen solle eine Militärfrakstafel einwirken in nicht herausgegeben werden. Da ein öffentliches Verfahren im Militärstrafprozess nicht bestehe, so würde ein Mittel gegen tendenziöse Ausbeutung einer solchen Statistik nicht vorhanden sein. Abg. Hünze protestiert energisch, so weit der Reichstag und die Commission in Frage kommen, gegen eine solche Unterfückung. Generalleut. v. Spitz erwidert, er habe nur an die Presse und außerhalb des Reichstages stehende Elemente gedacht. Abg. Dr. Baumbach giebt zur Erwägung, daß die Verwaltung auf die Dauer dieser Forderung nicht stehen könne. Abg. Singer bemerkt, die Möglichkeit einer tendenziösen Ausbeutung der Statistik spreche nicht gegen die Notwendigkeit derselben. Sei das nicht öffentliche Verfahren ein Hinderniß, weshalb führe man das öffentliche Verfahren im Militärstrafprozess nicht ein? Eine stärkere tendenziöse Ausbeutung der Statistik sei übrigens nicht möglich, als dies seitens der Regierung mit Bezug auf die Militärvorlage geschehe. Abgeordneter Dr. Hammacher ist der Ansicht, die jetzt in der Presse vielfach aufretende agitatorische Ausbeutung einzelner Fälle des Militärstrafverfahrens wurde wahrscheinlich wesentlich vermindert werden, sobald Öffentlichkeit des Verfahrens eingeführt und die geforderte Statistik veröffentlicht würde. Abg. Hünze bringt die vorläufige Resolution wieder ein. Es wird aber nach längerer Debatte beschlossen, ein im Betrage an den Reichstag darauf hinzuweisen, daß der Bundesrath ohne Begründung den Antrag abgelehnt habe und den Wunsch, von den Gründen Kenntnis zu erhalten, auszusprechen. Erfolgt hierauf die Witzheilung der Gründe nicht, so soll der Referent die Resolution wieder einbringen. Abg. Buhl fragt, wie weit die Vorarbeiten für die Novelle zum Militärstrafgesetz gefördert sind? Ob in derselben auf die Erhöhung der Pensionen für die Theilnehmer am Kriege von 1870 Rücksicht genommen sei. Generalleut. v. Spitz antwortet, die Einbringung der Vorlage, deren Beratung der Bundesrath gestern beendet habe, stehe bevor. Auf die Theilnehmer am Kriege von 1870 sei in der Vorlage Rücksicht genommen. In Beantragung der gestrigen Anfrage des Abg. Eingens wegen des Briandens bei Risigehen erklärt Generalleut. v. Spitz, Änderungen an der Kirchenordnung von 1832 seien nicht erfolgt. Direkte Nachforschungen hätten ergeben, daß nur ein Fall in Preußen vorgekommen sei, in welchem der Eheconsens von der Erklärung des Bräutigams abhängig gemacht worden sei, daß derselbe sich nicht nach katholischem Brauch trauen und daß er sämtliche aus der Ehe zu erwartenden Kinder im väterlichen Bekenntnis erziehen lassen werde. Ueber diesen Fall sei jetzt ein näherer Bericht eingefordert. Rannher trat die Commission in die Tagesordnung ein. Für einen Ansee Anstaltinspizienten wird das Gehalt von 2900 Mk. bewilligt, nachdem im Anschluß an die gestrige Erörterung wiederholt worden, daß neue Baatillonmuskeln nicht eingekauft werden sollen. Es gebe 55 solcher Muskeln à 8 Mann. Wenn Veränderungen in der Garnifonirung eintreten, beizühnte Bataillone zu ihren Regimentern zurücktreten, müssen etwa bestehende Bataillonmuskeln aufgehoben werden. Im Weiteren theilt auf eine Frage Hünze's Gen.-Maj. v. Gopler mit, der höchste Prozentsatz der Manquement's bei den Unteroffizieren in den letzten 25 Jahren habe 1877: 7,3 Proz., betragen, 1886: 2 Proz., 1890: 4,8 Proz., 1891: 3,8 Proz., Nov. 1892: 2,6 Proz. oder 2,4 Proz. ohne Feuerwerker. Der



20 400 Mk. werden abgesetzt, da die Einführung der Armesattel bei der Feldartillerie nicht stattfinden soll. Die Ausgaben für Materialverplegung werden ohne Debatte bewilligt. Bei den Ausgaben für Bekleidung und Ausrüstung der Truppen bringt Abg. Köller die Beschaffung von Leder und Schuhwerk zur Sprache und regt an, daß die zu den Bekleidungsämtern commandirten Disputare auch in die höheren Stellen gelangen, so daß diese mit sachmännisch gebildeten Leuten besetzt werden. Gen.-Major v. Fund hat das auch für richtig; bemerkt aber, die Bekleidungsämter seien wesentlich zu Kriegszwecken eingerichtet. Sie würden aber im Kriege unbrauchbar sein, wenn sie nicht schon im Frieden funktionieren, deshalb müßten sie viele Arbeiten von den Regimentern übernehmen. Abg. Buhl will wissen, weshalb nur bei den Luchankäufen eine Minderabgabe wegen günstiger Einkäufe eingetreten sei. Gen.-Major v. Fund erwidert, bisher werde nur das Tuch im Großen gekauft; die anderen Artikel bis jetzt noch bei den Regimentern. Für Leder soll jetzt ein anderes Verfahren eintreten. Das sei auch bei Leinen und Drill möglich. Abg. Dr. Baumbach fragt, ob nicht eine Beschränkung der Militärhandwerker möglich sei. Gen.-Major v. Fund: die Zahl der Defonowhandwerker sei bereits trotz der Heeresverhärtung um 25 pCt. vermindert; eine weitere Verminderung sei vielleicht zulässig, falls die stärkere Franzziehung der Strafanstalten, über welche er zahlenmäßig berichtet, Erfolg haben sollte. Abg. Spetich, Köller billigen dieses Vorgehen, während Abg. Singer von der Umbildung der Strafanstalten in Großindustrie Etablissements ein weiteres Herabdrücken der Preise befürchtet. Forts. Montag.

Politische Uebersicht.

Eine Dreikaiserzusammenkunft weiß das „Neue Wiener Tageblatt“ in absehbarer Zeit in Aussicht zu stellen. Nach dem Blatte soll der ungarische Ministerpräsident Wefere bei seinem Aufenthalt in Wien die Versicherung erhalten haben, daß die auswärtige Lage niemals so ruhig gewesen sei als gerade jetzt. — Eine gewisse Ergänzung zu obiger Mittheilung bildet ein Berliner Telegramm der Münchener „Allg. Zg.“ des Inhalts,

daß dem Vernehmen nach der russische Thronfolger in Berlin die Versicherung überbracht haben soll, daß ein Bündniß zwischen Rußland und Frankreich nicht bestehe. In dem österreichischen Regierungsprogramm wird, wie nachträglich noch im Einzelnen bekannt wird, außer der Preseform und den directen Wahlen der Landgemeinden von der Regierung auch der Aufhebung des nationalen Status quo angefragt. Die russische Fiske beabsichtigt, das Regierungsprogramm in einer Paraphrasirung zu bekräftigen, die bereits in Sonnabend erscheinen sollte. — Bezüglich der österreichisch-ungarischen Valutareform wird anlässlich des Wiener Aufenthalts des ungarischen Ministerpräsidenten die Finanzminister von Oesterreich und Ungarn übereingekommen, die obligatorische Rechnung in der Kronenwährung mit dem 1. Juli 1894 ins Leben treten zu lassen. Ursprünglich bestand allerdings die Absicht, dies hierauf bezügliche Gesetz schon während der frühjahr's Session in beiden Parlamenten erlassen zu lassen und im Sinne der Valutareform bereits zu publizieren, daß die obligatorische Rechnung in der Kronenwährung schon am 1. Januar 1894 in Kraft treten könne. Der Ausbruch dieses Planes steht jedoch das parlamentarische Regierungsprogramm der österreichischen Regierung im Wege, und es wurde vereinbart, den auf die obligatorische Rechnung bezüglichen Gesetzentwurf erst in der nächstjährigen Session vorzuliegen. Das ungarische Finanzministerium hat einen solchen Entwurf nach dem Vorbilde des Gesetzes vom Jahre 1855 und der deutschen Gesetzgebung schon vor längerer Zeit ausgearbeitet und dem österreichischen Finanzministerium mitgeteilt, wo derselbe während der Session ergänzt wurde. Ferner haben die beiden Finanzminister vereinbart, zur Sunte noch nicht, wie es beabsichtigt war, in die Erörterung der Frage des Privatlegiums der Bank einzutreten, da ausblicklich viel dringlichere Angelegenheiten im Vordergrund stehen. — In der österreichischen Budgetdebatte erklärte im Abgeordnetenhausse Unterrichtsminister von Gautsch bei dem Titel „Hochschulen“, die Regierung werte trotz des kürzlich beschlossenen Credit'es von 8 Millionen Gulden genöthigt sein, neuerlich weitere, vielleicht sogar noch größere Mittel zu verlangen, um nur den dringendsten Bedürfnissen der Hochschulen zu genügen. — Für den ungarischen Reichentritt hat der Aufenthalt des ungarischen Ministerpräsidenten ansehnliche wichtige Entscheidungen gebracht. Wefere wurde am Freitag von dem Kaiser in einfründiger Audienz empfangen. Wie das „Neue Wiener Tagebl.“ meldet, hat er in Wien die Ueberzeugung gewonnen, die ungarische Regierung werde aus den vorhandenen Wirren siegreich hervorgehen. Die kirchenpolitischen Vorlagen in Ungarn werden schrittweise erfolgen; die staatliche Parteiführung soll in drei Monaten Geleg werden, das Erforerniß hierfür ist mit vier Millionen veranschlagt. Auf die Einführung der obligatorischen Civilehe legt Wefere kein so großes Gewicht. In der französischen Panamaaffäre hat der Untersuchungsrichter Franqueville die Untersuchung gegen Arton für vorläufig abgeschlossen erklärt. Arton wird dreier Verbrechen beschuldigt: des Betruges bei der Dynamit Gesellschaft, betrügerischen Bankrotts und der Bestechung von Parlamentariern. — Der Beamte des „Credit Foncier“, Blondin, welcher wegen gemisser bei der Panama-Gesellschaft vorgenommener Verbindungen verhaftet wurde, ist aus Gefangenschaft entlassen und vorläufig in Freiheit gesetzt worden. — Für das Ministerium Ribot hat am Freitag eine Versammlung von republikanischen Abgeordneten eine Unterstüzungserklärung angenommen, welche den Beschluß enthält, das Ministerium Ribot kräftig zu unterstützen und jede Ministerkrise bis nach den Wahlen zu vermeiden. Der Versammlung wohnten 285 Abgeordnete bei. — Der französische Ministerpräsident beschloß die Verlegung Cassagnac's und der „Autorité“ wegen ihrer Angriffe auf den Staatcredit. Der römische Bankstandal hat auch in der